Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Geschäftsstellenabholung vierteljährlich [illegible] Mk.; monatlich [illegible] Mk., vierteljährlich [illegible] Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich [illegible] Mk., vierteljährlich [illegible] Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich [illegible] Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den erwähnten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zusendungen bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Inseratenpreis [illegible] Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Textpreis [illegible] Pfg., Reklamen [illegible] Pfg., alles mit [illegible] Teuerungszuschlag. Bei tarif- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung mit Jahresrabatt, dem entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil laut von Behörden die Grundzeile 60 Pfg. bez. [illegible] Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 Pfg. / Telegramm-Anschrift: Tageblatt Wilsdruff. / Telephonische Inseraten-Aufgabe wird jeder Garantie abgelehnt. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend [illegible] Mk., für die Postversandt Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtliches Inkasso findet nicht statt. / Rabattansprüche erlöschen, wenn der Betrag durch Klage eingetrieben werden muß oder Konkurs eröffnet wird. / Die Anzeigenpreise haben nur bei Vorauszahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Ziel, gerichtlicher Eingriff, gemischte Anzeigen verteuern. Inserenten bedingen die Berechnung des Druck-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 2815 4

Nr. 95 | Dienstag den 27. April 1920 | 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Die nachstehend unter ⊙ aufgeführten **Aenderungen einiger Preise der Deutschen Arzneitaxe 1920** treten am 24. April 1920 in Kraft mit der Maßgabe, daß gleichzeitig die entsprechenden Preise der vierten Ausgabe der Arzneitaxe 1920 außer Kraft treten.

Dresden, am 23. April 1920. 330 IV Mb

Ministerium des Innern.

	⊙	
Creosotal	1 g	3,10 Mk.
	10 „	24,85 „
	100 „	198,80 „

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß erlegte **Bisamratten** nicht mehr an das zoologische Institut zu Tharandt, sondern **an** die Direktion des Zoologischen Gartens zu **Dresden** einzusenden sind. (Vgl. Bekanntmachung in der Sächsischen Staatszeitung Nr. 162 vom 19. Juli 1918.)

Dresden, am 15. April 1920.

Wirtschaftsministerium.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt U der Landesfettkarte sowie auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 26. April bis 2. Mai 1920 50 g Butter ausgegeben.

Außerdem werden **für jeden Versorgungsberechtigten und Selbstversorger des Kommunalverbandes Meißen-Land** auf Reihe II Abschnitt 7 der Auslandsfettkarte 100 g Margarine verteilt.

Der Preis für das Pfund Margarine beträgt 18 Mk.

Meißen, am 23. April 1920. Nr. 466 II O.

3791 **Kommunalverband Meißen-Land.**

Die Auszahlung der Teuerungsbeihilfe an Minderbemittelte

auf den Monat April erfolgt am **Dienstag den 27. April vormittags von 9—1 Uhr** in der Stadtkasse.

Wilsdruff, am 24. April 1920. 3787 **Der Stadtrat.**

Fleischversorgung. Die diesmalige Wochenfleischmenge beträgt für Erwachsene ca. 100 g Gefrierfleisch und 50 g Corned beef, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte. Der Verkauf des Gefrierfleisches erfolgt bei den hiesigen Fleischermeistern Dienstag den 27. April von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr. Das Corned beef kommt Sonnabend den 1. Mai zum Verkauf.

Wilsdruff, am 26. April 1920. 3792 **Der Stadtrat—Kriegswirtschaftsabt.**

Lloyd George gegen französische Gewaltpolitik

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Gesandtschaft beim Vatikan ist zur Botschaft erhoben worden.
* Die Nationalversammlung setzte die Versicherungsgrenze auf 12 000 Mark fest und lehnte ihre Heraufsetzung auf 20 000 Mark ab.
* Dr. Kapp ist von der schwedischen Regierung auf freien Fuß gesetzt worden.
* Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen wählte den deutschnationalen Freiherrn v. Wilmowski mit 72 Stimmen zum Landeshauptmann, während der unabhängige Gegenkandidat 68 Stimmen erhielt.
* Die Polen drohen bei Nichterfüllung des Friedensvertrages nach französischer Weise mit einem Einmarsch.
* Der polnische Minister des Äußeren Dr. Patek erklärte auf seiner Reise nach San Remo, die polnische Regierung habe niemals an einen bewaffneten Einmarsch in Oberschlesien gedacht und denke jetzt nicht daran.
* Die englischen Arbeiter fordern die Zurückziehung der farbigen Truppen aus den besetzten deutschen Gebieten.

Neue Gefahren.

Die Aufregung über den Einmarsch der Franzosen in Frankfurt und Darmstadt ist schnell verraucht. Man gewöhnt sich ja heutzutage an alles, und da die erforderlichen Proteste natürlich prompt abgegangen sind, Optimisten und Hellseher von Zeit zu Zeit auch immer wieder zu berichten wissen, die Franzosen hätten den Maingau bereits wieder geräumt oder zum mindesten zu räumen begonnen, so wird ja die Sache wohl bald wieder in Ordnung kommen, zumal auch England und Italien Herrn Millerand ein paar unfreundliche Worte über sein eigenmächtiges Vorgehen gesagt haben.

Damit indessen doch auch für Abwechslung gesorgt werden muß, melden sich jetzt unsere lieben Freunde im Osten, die Polen, und teilen dem Obersten Rate ganz freundschaftlich mit, sie würden deutsche Länder militärisch besetzen, wenn Deutschland seine Friedensverpflichtungen gegen Polen nicht halten würde. Natürlich: warum soll den Polen nicht erlaubt sein, was die Franzosen ungestraft tun dürften? Auch sie leben ja förmlich von dauernden Friedensverletzungen gegen uns, genau wie die Franzosen; warum sollen sie also nicht behaupten, daß wir unseren Verpflichtungen ihnen gegenüber nicht nachkämen? Und sollen sie sich etwa an den Völkerbund, an das Schiedsgericht wenden, das irgendwo in den Wolken thront, statt zuzugreifen, wo es am bequemsten und verlockendsten ist? Sie sind doch keine politischen Kinder, diese Polen. Sie sperren einfach, unter mehr oder weniger glaubhaften Vorwänden, die Grenzen, damit der militärische Aufmarsch sich ungestört vollziehen kann; sie wollen sogar diese zunächst „nur" für zehn Tage befohlene Maßnahme noch bis Mitte Mai aufrechterhalten, was gewiß eine fremdnachbarliche Gesinnung ersten Ranges verrät; und sie treffen inzwischen in Oberschlesien selbst alle nur denkbaren militärischen Vorkehrungen, um, wenn der Augenblick gekommen ist, von innen und von außen zugleich losschlagen zu können.

So ungeniert treten sie auf, daß sie sich kaum noch die Mühe geben, den Schein der Heimlichkeit zu wahren. Sie sehen, daß unter der Schärfe des Auftretens der interalliierten Besatzung die eingeborene Bevölkerung sich wieder mehr und mehr auf ihr Deutschtum besinnt, daß Arbeiter und Beamte, Angestellte sich täglich enger zusammenschließen, um gegen die fremde Vergewaltigung eine Einheitsfront zu bilden, und daß damit ihre Abstimmungschancen sich immer windiger gestalten. Oberschlesien muß aber polnisch werden, um jeden Preis. Wozu hat man seinen General Haller, den Marschall Foch der Franzosen? Wozu die oft geübte Kunst im Intrigieren und Konspirieren? Was wäre leichter, als deutsche Vertragsverletzungen zu konstruieren — und was lohnender als Erfindungen dieser Art, die doch sogar das deutsche Volk selbst bis jetzt immer noch, unter der Einwirkung seiner parteipolitischen Zerrissenheit, als bare Münze genommen hat? Vor wem soll man sich denn fürchten? Vor der Entente etwa, vor Lloyd George oder Millerand oder Nitti — oder gar vor Herrn Wilson im fernen Washington? Ach nein, sentimental sind die Polen nicht. Es ist ihnen gut bekommen, daß sie in Posen vollendete Tatsachen schufen, und so scheinen sie auch jetzt wieder entschlossen, vollendete Tatsachen zu schaffen.

In Oberschlesien — und vielleicht auch noch anderwärts. Die Hoffnung, ihre Ostgrenze nach Wunsch bis zum Dnepr ausdehnen zu können, müssen sie wohl endgültig begraben, weil die Bolschewisten in Moskau für solche Friedensscherze denn doch nicht zu haben sind. Also muß man sich im Westen ordentlich schadlos halten. Der neue Staat, den die Polen, dank den deutschen Waffensiegen über die Armeen des Zaren, zusammengebracht haben, kann ja trotz der dabei bewährten Skrupellosigkeit nicht leben und nicht sterben. Aber sie denken natürlich nicht daran, an ihre eigene Brust zu schlagen, sondern halten nur Umschau nach neuem fremden Gut und Blut, das sie an sich reißen könnten, und damit ihr Leben zu fristen.

*

Abspliitterungsgelüste in Oberschlesien.

Nach immer bestimmter auftretenden Meldungen gewinnt im besetzten Gebiet Oberschlesiens die Idee der Schaffung eines Freistaates immer weitere Anhänger. Sie wird besonders eifrig von der neugegründeten oberschlesischen Volkspartei proklamiert, die offen mit einem Anschluß an Polen droht, falls Oberschlesien eine eigene Autonomie nicht zugebilligt wird. Es sind das keine polnischen, sondern deutsche Kreise, die sich mit solchen Plänen befassen. Sie führen für ihre Stellung an, ein sog. Freistaat Oberschlesien sei die einzige Rettung vor einem polnischen Zugreifen. Bezüglich der Stellungnahme der Entente verlautet, daß sie diesem Plan nicht mehr ablehnend gegenübersteht.

Neuerdings greift die oberschlesische Freistaatidee auch auf unbesetzte Teile Schlesiens über und wird von Oberschlesien aus systematisch geschürt, weil man in Oberschlesien erkannt hat, daß ein Freistaat Oberschlesien ohne weite landwirtschaftliche Teile Mittelschlesiens nicht lebensfähig ist. Man ist in den Kreisen der Separatisten seiner Sache sehr gewiß und glaubt nunmehr offen vorgehen zu können. In den unbesetzten oberschlesischen Kreisen links der Oder ist auf dem flachen Lande die Propaganda für eine Losreißung vom Deutschen Reiche und Angliederung an einen zu bildenden Freistaat Oberschlesien unter der Parole „Los vom bolschewistischen Deutschland!" wirksam gewesen, ebenso ist die Bewegung in den Kreisen Namslau und Groß-Wartenberg festgestellt worden. An die interalliierte Kommission in Oppeln sind aus verschiedenen Orten des unbesetzten Gebietes bereits Anträge ergangen, die um Zulassung zur Abstimmung in Oberschlesien bitten. Die Bewegung bildet eine erneute große Gefahr für das deutsche Reich. Als treibende Kräfte bei diesen verwerflichen Bestrebungen werden gewisse industrielle und parteipolitisch interessierte Kreise genannt, die hunderttausend können überzeugenden Anhang im oberschlesischen Volke haben, die aber schon früher bei irgendwelchen Gelegenheiten nichts eiligeres zu tun hatten, als diese oder jene dem Reich feindliche Flagge zu hissen und denen gegenüber immerhin große Vorsicht geboten ist. Zumal in dieser Zeit der Vorbereitung auf die Abstimmung.

*

Aufrufe der Minister Blunck und Bauer.

In der oberschlesischen Presse veröffentlichen einige Reichsminister Artikel und Äußerungen über Oberschlesien. Reichsjustizminister Dr. Blunck schließt mit der Aufforderung: „Deutsche im Osten! Vermeidet es, unter ein Regime der Willkür zu kommen. Arbeiter in den Abstimmungsgebieten, schützt euch vor bestechlichen Justizbeamten. Bleibt deutsch, und ihr sollt und werdet Recht finden nach Deutschlands demokratischem Grundsatz: Gleiches Recht für alle." Reichsschatzminister Bauer beschäftigt sich mit dem Wesen des Oberschlesiers, das er wie folgt zusammenfaßt: „Des Oberschlesiers Wesen ist deutsch, denn er ist arbeitsam, pflichtgetreu, ehrlich und zuverlässig. Darum muß der Oberschlesier darauf bedacht sein, sich diese seine deutsche Eigenart zu erhalten und sie nicht ausnutzen zu lassen durch fremdsprachlichen Kapitalismus."

Lloyd George und Deutschland.

Eine Absage an Frankreichs Gewaltpolitik.

Lloyd George erklärte in San Remo auf Fragen englischer Journalisten u. a., es sei nicht vorgeschlagen worden, Deutschland die Lebensmittellieferungen abzusperren. Gegenmaßregeln gegen die Verletzung des Friedensvertrages würden sich nach der Art der Verletzung richten. In Deutschland werde schon genug gehungert. In dem besetzten Gebiete erhalte die Bevölkerung lediglich den dritten Teil der normalen Lebensmittelmengen. Hinsichtlich der Entwaffnung wie gegenüber einer Nichtlieferung von Steinkohlen müsse die Ausführung des Friedensvertrages erzwungen werden. Die Alliierten müßten gemeinsam handeln.

Die Zeit könne kommen, wo Deutschland wieder erstarke. Deshalb müßten die Alliierten vereint bleiben.

Aber der Gedanke, Deutschland sei gefährlich für die Alliierten, sei im Augenblick phantastisch. Auf Grund zahlreicher Berichte britischer Offiziere über die Lage in allen Teilen Deutschlands halte er Deutschland gegenwärtig für gelähmt. Die Bevölkerung sei so erschöpft, daß Deutschland einem Körper gleiche, dessen Glieder nicht mehr gehorchen wollen. Dies sei jetzt die größte Schwierigkeit. Zur Frage des Ruhrgebiets sagte Lloyd George, er erwarte eine befriedigende Lösung. Eine Schwierigkeit sei die Weigerung von Bayern, den Befehlen von Berlin Folge zu leisten. Die Besetzung des Ruhrgebietes und eines Teiles von Preußen würde aber seines Erachtens nicht das geeignete Mittel sein, einen Druck auf Bayern auszuüben; Lloyd George meinte,

die Furcht vor dem Bolschewismus in Deutschland sei nicht übertrieben,

obwohl er nicht glaube, daß der deutsche Charakter sich für den Bolschewismus eigne. Auf der anderen Seite habe der Mißerfolg des Kappunternehmens gezeigt, daß Deutschland nicht geneigt sei, eine militaristische Bewegung zu stützen. Lloyd George bestritt nachdrücklich, daß er jemals die Revision des Friedensvertrages vorgeschlagen habe. Erst vor einem Monat habe er im Unterhause [illegible] abgeschlossen.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF